

Kfz-Steuer im Voraus fällig

Finanzämter: Neuregelung bei Fahrzeug-Zulassung

AACHEN. Ein Fahrzeug wird nur noch dann zugelassen, wenn die Kfz-Steuer im Voraus bezahlt worden ist. Darauf weisen die Aachener Finanzämter hin.

Am 1. Januar 2007 ist die dritte Stufe einer Rechtsverordnung zur Erhebung der Kfz-Steuer in Kraft getreten. „Fahrzeughalterinnen und Fahrzeughalter, die mit ihrer Kfz-Steuer im Rückstand sind, können ab dem 1. Januar 2007 ihr Fahrzeug nur noch dann zum Verkehr zulassen, wenn sie sowohl die rückständigen Kfz-Steuerbeträge als auch die Kfz-Steuer für das erste Jahr im Voraus zahlen,“ erklären die Ämter.

Die Neuregelung sei eine Reaktion auf „eine große Anzahl von Fällen“, in denen die Kfz-Steuer nicht pünktlich, nicht vollständig oder gar nicht gezahlt worden sei. Dies beanspruche immer einen unangemessen hohen Personal- und Kostenaufwand.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat daher eine

entsprechende Verordnung erlassen. Danach können seit November 2005 Halter ihre Fahrzeuge in diesem Bundesland nur noch zulassen oder ummelden, wenn sie der Finanzverwaltung eine Lastschrift-Einzugsermächtigung für die Kfz-Steuer erteilt haben.

Seit dem 1. Januar 2006 ist neben einer Einzugsermächtigung die Zulassung davon abhängig, dass keine Kfz-Steuerrückstände bestehen. Dies wird bei der Zulassung im Straßenverkehrsamt automatisch überprüft, warnen die Finanzämter säumige Zahler.

Am 1. Januar 2007 ist schließlich die letzte Stufe dieser Rechtsverordnung in Kraft getreten: Halter, die mit ihrer Kfz-Steuer im Rückstand sind, müssen zusätzlich auch die Kfz-Steuer für das erste Jahr im Voraus entrichten und der Zulassungsbehörde eine entsprechende Bescheinigung vorlegen.

Infos im Internet:
www.fm.nrw.de/go/kfzsteuer

Nutzungsrecht im Grundbuch

Schenkung und Nießbrauch: Bei der Übertragung von Immobilien Steuern sparen und dabei eigene Ansprüche sichern. Auf die Rückfallklausel achten.

VON HORST BIALLO
UND FRITZ HIMMEL

AACHEN. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer wird bis spätestens Ende 2008 neu gestaltet. Vor allem die Bewertungsvorteile von Grundbesitz gegenüber Barvermögen und Wertpapieren bedürfen einer Anpassung. Würde man heute eine Immobilie im Wert von 300.000 Euro an sein Kind verschenken, wäre das nach aktueller Bewertung steuerfrei. „Sollte die Gesetzesänderung das Objekt künftig mit dem vollen Wert bewerten, fielen eine Steuer von 10.450 Euro an“, sagt Ulrich Germer, Fachanwalt in Frankfurt.

„Wer jetzt handelt, kann von drei Faktoren profitieren“, rät die Münchener Steuerberaterin Erika Wacher: „Vom Bewertungsvorteil, den noch hohen Freibeträgen und von der Einbeziehung von Nutzungsrechten.“

Eine Immobilienübertragung ist mit bestimmten Alterssicherungsrechten kombinierbar. So erlaubt die sogenannte Nießbrauchregelung Immobilienbesitzern eigene Objekte zu Lebzeiten auf Verwandte zu übertragen, ohne ihre Ansprüche darauf ganz zu verlieren. Der Schenker behält dabei für sich das Recht auf den wirtschaftlichen Nutzen, der in einem lebenslangen Wohnrecht oder durch Weitervermietung in etwaigen Mieteinnahmen bestehen kann. „Dieses Wohnrecht sollte im Grundbuch eingetragen werden, dann ist es auch gegen Dritte wirksam“, empfiehlt Steuer-Anwalt Germer. Das ist wichtig, falls die Kinder das Haus später weiterverkaufen.

Bei einer anderen Form des Nießbrauchs bleibt der Schenker zivilrechtlich Eigentümer, der Beschenkte erhält dagegen die Erträge, etwa die Mieteinnahmen. Bei dieser Variante droht jedoch für beide Seiten der Verlust einer steuerlichen Abschreibungsmöglichkeit; für den Schenker, weil er keine Einnahmen mehr erzielt. Und für den Beschenkten, weil er ja nur die Mieteinnahmen bekommt, nicht aber das Gebäude selbst.

Die Nießbrauch-Regelung wirkt sich auch positiv auf die Schenkungssteuer aus, mindert sie doch deutlich den Wert einer Immobilie. Wird beispielsweise ein

Objekt im Wert von 450.000 Euro ohne Nießbraucheintrag von einem 65-jährigen Vater an seinen Sprössling verschenkt, kann dieser nur einen Freibetrag von 205.000 Euro geltend machen und zahlt 11 Prozent Steuern auf den verbleibenden Rest von 245.000 Euro, also 26.950 Euro. Erfolgt die Schenkung jedoch mit einem Nießbrauch, sieht die Rechnung deutlich günstiger aus. Anhand einer komplizierten Formel aus möglicher Nettokaltmiete des Objekts und Altersfaktor des Schenkenden wird im vorliegenden Fall der Kapitalwert des Nießbrauchs mit 162.342 Euro bewertet. Diesen Betrag zieht man von dem zu versteuernden Teil der Immobilie in Höhe von 245.000 Euro ab. Nur für diesen Differenzbetrag von 82.658 Euro fällt zunächst Schenkungssteuer an, also 9.092,38 Euro. Die Differenz zwischen der festgesetzten Steuer von 26.950 Euro und der bei der fiktiven Berücksichtigung des Nießbrauchs fälligen Steuer von 9.092,38 Euro – in diesem Fall 17.857,62 Euro – wird dem Beschenkten bis zum Ende des Nießbrauchs zinsfrei gestundet. „Löst der Beschenkte die gestundete Steuer vorzeitig ab, gewährt der Fiskus weitere Abschläge auf die Steuer“, erklärt Anwalt Germer.

Freibetrag nutzen

Überträgt der Vater vor der Schenkung die Hälfte der Immobilie an seine Ehefrau und übergeben dann beide später das Objekt, so kann der Beschenkte von beiden Elternteilen den Freibetrag nutzen. Im Falle ohne Nießbrauch würde sich somit die Schenkungssteuer auf 2.800 Euro reduzieren, mit Nießbrauch fällt keine Steuer mehr an.

Sinnvoll ist eine Rückfallklausel im Schenkungsvertrag. Dadurch wird etwa bestimmt, dass eine Rückgabe erfolgt, wenn Vermögensverlust droht, der Beschenkte das Haus verkaufen will oder vor dem Schenker stirbt.

Dieses Recht sollte im Grundbuch eingetragen und durch Vormerkung gesichert sein.

Langfassung im Internet:
<http://ratgeber.az-web.de>
www.an-online.de



Preise für Bauland in NRW im 3. Quartal 2006 deutlich gestiegen

Im 3. Quartal 2006 sind in Nordrhein-Westfalen die Preise für Bauland sehr stark gestiegen. Wie das Landesamt für Statistik, Düsseldorf, mitteilt, lag der durchschnittliche

Kaufwert je Quadratmeter in diesem Zeitraum mit 116,16 Euro um 20,63 Euro oder 21,6 Prozent über dem Preisniveau des zweiten Vierteljahres 2006. Im Vergleich zum ent-

sprechenden Vorjahreszeitraum stieg der durchschnittliche Preis je Quadratmeter um 18,59 Euro oder 19,1 Prozent gegenüber 97,57 Euro im Zeitraum Juli/September 2005.

Autofahrer legen auf das „Made in Germany“ wieder mehr Wert

Umfrage: Vor allem die Älteren interessieren sich für einen neuen Wagen.

VON GUIDO HEISNER

FRANKFURT. Höhere Mehrwertsteuer, teurerer Sprit und geringere Pendlerpauschale bremsen die Lust am Autokauf offenbar nicht. Das ergibt eine Verbraucherumfrage der Beratungsgesellschaft Ernst & Young, Frankfurt.

Danach ist die Bereitschaft, sich einen Neu- oder Gebrauchtwagen anzuschaffen, gestiegen. „Made in Germany“ wird dabei wieder wichtiger. Knapp 60 Prozent der Neuwagenkunden wollen, dass es eine deutsche Marke ist. Wichtigste Kriterien bei der Kaufentscheidung sind aber: Sicherheit, Qualität, Anschaffungspreis und Verbrauch. Derzeit plant jeder vierte Verbraucher (24 Prozent), innerhalb der nächsten beiden Jahre ein Auto zu kaufen. Bei einer ähnlichen Befragung von 2005 hatten nur 22 Prozent angegeben, einen

Autokauf zu planen. Jeder dritte Neuwagenkäufer (34 Prozent) plant dafür 20.000 bis 30.000 Euro ein. 32 Prozent rechnen 10.000 bis 20.000 Euro. Vor allem Ältere interessieren sich für einen Neuwagen. Jüngere tendieren eher zum gebrauchten Modell. „Die Zielgruppe Senioren gewinnt an Bedeutung“, heißt es.

Der Ersatzbedarf im Pkw-Bestand ist mittlerweile hoch. Das durchschnittliche Fahrzeugalter liege bei über acht Jahren.

Dem Anschaffungspreis messen die Verbraucher offenbar nicht mehr so viel Gewicht bei wie früher. 2005 war der Preis noch der wichtigste Kaufaspekt gewesen. Inzwischen rangiert er nur noch auf dem dritten Platz. Gleichwohl achten die Deutschen weiter auf die Anschaffungskosten.

Ohne Rabatte geht fast nichts mehr beim Autokauf. Knapp 90

Prozent der Befragten gaben an, sie erwarteten einen Preisnachlass. Gut 40 Prozent der Befragten verlangen sogar mehr als zehn Prozent Nachlass beim Händler. Männer achten mehr auf Komfort, Design und Innovationen. Für Frauen dagegen ist ein niedriger Preis, ein geringer Verbrauch sowie die Umweltfreundlichkeit wichtig.

71 Prozent der Neuwagenkäufer wollen wissen, in welchem Land ihr Auto gebaut wurde. 61 Prozent der Befragten gaben gar an, sie seien bereit, für ein ausschließlich in Deutschland hergestelltes Fahrzeug mehr Geld auszugeben.

Ernst & Young zieht daraus den Schluss: Deutsche Hersteller sollten das Qualitätssiegel „Made in Germany“ nicht aufs Spiel setzen. Bei Produktionsverlagerungen in Niedriglohnländer oder Outsourcing an externe Subunternehmer sei Vorsicht geboten. (ddp)

DER STEUERRATGEBER

Eine Steuernummer ein Leben lang (2)



Hermann Stenten

Die geplante persönliche (Lebenslang beizubehaltende) steuerliche Identifikationsnummer wird auch den Aktionsradius missbräuchlicher Empfänger von Sozialhilfeleistungen wie Arbeitslosen-, Kranken-, Erziehungsgeld empfindlich einengen.

Ab 2009 ist die Informationsaustauschlücke zwischen den Finanzämtern und den Sozialzuständigen Stellen definitiv geschlossen: Ein Verschwei-

gen solcher Leistungen nützt nichts mehr, da die Träger sich vor jeglicher Auszahlung die St.-Nr. des Empfängers vorlegen lassen und sodann die Finanzämter auf dem Amtswege informieren.

Auch die Schwarzarbeit erhält in den neuen Steuernummern einen ebenbürtigen Gegenpart: Schon die von gleich welcher Behörde vermutete Arbeitsausübung „unter der Hand“ führt ohne viel Aufwand zur Mitteilung an das Bundeszentralamt, welches problemlos das zuständige Finanzamt ausmachen und benachrichtigen kann.

Es steht noch nicht fest, inwieweit die Banken die neue St.-Nr. von Kunden abfragen müssen; Schwarzgeldanlegern würden dann (eventuell) schlaflose Nächte ins Bett stehen. Die Beispiele könnten fortgesetzt werden bezüglich Vortrags- und Autorenhonoraren, Beratervertragsgeltern

usw., die bisher viel zu leicht am Finanzamt vorbei abkassiert werden können. Oder wem dient eine Schmiergeldzahlung, wenn in den Büchern des Schmierers nicht (wie bisher) der fingierte Namen des Geschmierten, sondern seine leicht zur Aufspürung führende Steuernummer vermerkt sein müssen? Es geht also nicht um den gläsernen Steuerbürger, sondern um ein Instrumentarium, das den Finanzämtern die wirksamere Ausübung der ihnen zugewiesenen Kontrollfunktion ermöglichen soll.

Das vorstehende Plädoyer für jene Neuordnung versteht sich somit nicht als spießige Verfechtung von „law and order“, sondern als Vorwarnung an diejenigen Zeitgenossen, denen bis dato das mögliche Verwirrspiel des bisherigen Steuernummersystems wie beschrieben so manches möglich machte.

KURZ NOTIERT

Zeitarbeit wirbt in Arbeitsagenturen

DÜSSELDORF. Die Bundesagentur für Arbeit in NRW will ihre Zusammenarbeit mit Zeitarbeitsfirmen verbessern. Am 15. März soll ein landesweiter Tag der Zeitarbeit stattfinden, so die Regionaldirektion, Düsseldorf. An diesem Tag können sich Zeitarbeitsunternehmen in den 33 Agenturen für Arbeit präsentieren. Im vergangenen Jahr kamen in NRW 29 Prozent der rund 527.000 eingegangenen Personalsuchanfragen von Zeitarbeitsunternehmen.

Kollege PC auf dem Vormarsch

WIESBADEN. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten kommt im Job nicht mehr ohne einen Computer aus. Wie das Statistische Bundesamt, Wiesbaden, mitteilt, arbeiteten im vergangenen Jahr 58 Prozent der Beschäftigten in Deutschland mit Computern. 2003 lag dieser Anteil noch bei 46 Prozent. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe arbeiten 95 Prozent des Personals am PC, im Bau- und Gastgewerbe indes nur rund jeder dritte Mitarbeiter. (ddp)

Verband: Bald Million Solar-Anlagen installiert

BERLIN. In Deutschland werden bald eine Million Solaranlagen auf deutschen Dächern installiert sein. Bis Ende 2006 seien es 940.000 gewesen, so der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW). „Die Angst der Verbraucher vor weiteren Preissprüngen und zunehmenden Klimaschäden macht Solarenergie zum Verkaufsschlager. Der Count-Down für die einmillionste Anlage läuft.“

In NRW wird mehr Biodiesel getankt

BERLIN. In Deutschland wurde 2006 weniger Biodiesel getankt, in NRW jedoch mehr. Der Verkauf an öffentlichen Tankstellen sank bundesweit von 590 Millionen Litern 2005 auf 538,7 Millionen Liter 2006, so die Arbeitsgemeinschaft Qualitätsmanagement Biodiesel. Grund für den Rückgang sei die im August 2006 eingeführte Steuer auf Biodiesel. In NRW wurde mit 183 Millionen Litern mehr als drei Mal so viel getankt.

Neuer Fonds hilft Existenzgründern

AACHEN. Engagierte Gründer sind die Zielgruppe des neuen Fonds „Rheinland Venture Capital GmbH & Co KG“. Der von der NRW.Bank, der Kreissparkasse Köln, der Sparkasse KölnBonn, Georgieff Capital und Intelligent Venture Capital initiierte Fonds stellt Eigenkapital von insgesamt 12 Millionen Euro zur Verfügung. Investiert werden jeweils bis zu 500.000 Euro in Unternehmen mit zukunftsorientierten Technologien in verschiedenen Branchen. (Kö)

Aachener 3D-Technik für die Bauwirtschaft

AACHEN. Damit die Entwürfe bei einem Bau- oder Renovierungsvorhaben besser und kostenorientierter gelingen, entwickelt die P3 Ingenieurgesellschaft für Management & Organisation mbH, Aachen, dazu 3D-Techniken. P3, ein Spin-off des Aachener Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnologie, beteiligt sich daher an dem europäischen Forschungsprojekt InPro. Auf einer Informationsplattform werden dabei Konstruktionsdaten in eine dreidimensionale Darstellung (3D) übertragen.

KONTAKT

Wirtschaftsredaktion
(montags bis freitags 11 bis 18 Uhr)
Tel.: 0241/5101-350
Fax: 0241/5101-360
wirtschaft@zeitungsverlag-aachen.de

Weitere Informationen zum Thema der Woche

► Mehr Informationen gibt es unter der Fax-Abruf-Nummer 09001/25 26 65 53 01 (Minuten = 0,62 Euro). Gerät auf „Polling“ stellen, Fax-Nummer wählen und Start-Taste drücken.
► Für den Erhalt der Zusatzinformationen können Sie uns auch

einen mit 1,45 Euro versehenen Rückumschlag im handelsüblichen Format DIN-C-5 schicken. Die Adresse lautet:
Zeitungsverlag Aachen
Stichwort: Biallo
Postfach 500 110
52085 Aachen